

Textübergreifend:

DIE LINKE. Hessen

Gendern mit Sternchen

Abschnitt Links wirkt – auch im hessischen Landtag

Zeile 27-29

Eine Stärkung der LINKEN in Hessen ist eine Unterstützung für alle diejenigen Kräfte, die sich für einen grundsätzlichen Politikwechsel, für soziale Gerechtigkeit und Frieden, von links einsetzen.

Zeile 33

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. - streichen

Zeile 39

Hessen → Hessens

Zeile 44-46

Viele Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen sind marode oder werden heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht.

Zeile 47-49

Die Bildung ist nach wie vor unterfinanziert, der Ausbau der Ganztagschulen kommt nicht voran, Kita-Plätze fehlen und der Bildungserfolg ist weiterhin stark abhängig von Einkommen, Vermögen und/oder Herkunft der Eltern.

Zeile 50-51

Unter diesen Vorzeichen fällt die Bilanz der schwarzgrünen Landesregierung mehr als düster aus.

Zeile 51-52

Vielfach haben CDU - Bündnis90/ Die Grünen an die neoliberale Politik der vorherigen CDU-FDP-Regierung angeknüpft.

Zeile 56-60

Es fehlen Investitionen in Milliardenhöhe für die öffentliche Infrastruktur, für die Städte, Kreise und Gemeinden sowie für den sozialen Wohnungsbau. Es fehlen Milliarden für Krankenhäuser, für Bildung, für Soziales und für Kultur. Das Thema soziale Gerechtigkeit bleibt eine Leerstelle.

Zeile 61-66

Die Zeilen 61-66 werden gestrichen.

Begründung: Die Charakterisierung der hessischen CDU unter Bouffier ist mitnichten gleichzusetzen mit der Stahlhelm-CDU unter Dregger und Koch.

Zeile 67-84

Die Zeilen 67-84 werden gestrichen

Begründung:

Die Zeilen 67-84 können ersatzlos gestrichen werden. Der Text enthält keinen substantziellen politischen Mehrwert und es wird so Platz geschaffen für wichtige Zusätze im Antrag.

Zeile 85-91

Absätze tauschen, die Absätze haben dadurch die neue Reihenfolge:

DIE LINKE ist die soziale Kraft gegen die schwarzgrüne Landesregierung. Wir werden den Druck von links gegen diese Landespolitik verstärken, um einen Politikwechsel für Hessen zu erreichen. Der Grundsatz der Hessischen Verfassung (Art. 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfes zu dienen hat, ist für uns Richtschnur unseres Handelns.

DIE LINKE ist überzeugt: Hessen braucht eine andere Politik – einen Politikwechsel für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen.

Abschnitt Gute Arbeit in einem sozialen Hessen

Zeile 98-99

- Für aktive Armutsbekämpfung und einen wirksamen Landesaktionsplan gegen Kinderarmut

Zeile 100-101

- Für ein Gesetz zur öffentliche Auftragsvergabe, das soziale und ökologische Standards angemessen berücksichtigt und keine Schlupflöcher lässt sowie einen landesspezifischen Mindestlohn einführt

Zeile 103-105

- Für einen Ausbau öffentlicher Beschäftigung und mehr Wertschätzung für die Landesbeschäftigten, unter Anderem Rückkehr in die Tarifgemeinschaft (TdL) und Senkung der Wochenarbeitszeit für die Beamt*innen

Abschnitt Bezahlbarer Wohnraum – Der Wohnungsnot entgegentreten

Zeile 110

An den Satz (Zeile 110) „In den Ballungszentren und Universitätsstädten fehlt es an allen Ecken und Enden an bezahlbarem Wohnraum“ wird ein Satz angefügt: „Aber auch in den Kleinstädten wird es zunehmend schwierig, geeignete Mietwohnungen zu finden.“

Begründung: Auf dem Lande gibt es einerseits Leerstand in abgelegenen Gegenden., in den ländlichen Kleinstädten andererseits fehlen vor allem kleine und altersgerechte Mietwohnungen und Wohnungen für Geflüchtete.

Zeile 111-113

DIE LINKE bekämpft Wohnungsmangel konsequent. Wir setzen uns für den Bau von mindestens 10.000 Sozialwohnungen jährlich ein, um der neuen Wohnungsnot zu begegnen.

Zeile 113-116

Wir entwickeln ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das Barrierefreiheit berücksichtigt und auch alternative sowie genossenschaftliche Modelle und Beschlagnahmungen nach §165 BauGB von spekulativem Leerstand miteinbezieht.

Zeile 117

Der Satz in Zeile 117 „Wir kämpfen für Städte, in denen die Interessen der Menschen und nicht der Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt stehen“ wird geändert und heißt neu: „Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen die Interessen der Menschen und nicht der Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt stehen.“

Begründung: Wieso nur Städte??

Zeile 120-121

- Für die Errichtung von mindestens 10.000 Sozialwohnungen und 2.000 Studierendenwohnungen im Jahr

Abschnitt Sozial- und Gesundheitspolitik für mehr Lebensqualität

Zeile 128-131

Armut muss konsequent bekämpft werden. Soziale Dienstleistungen wie Schuldner*innenberatung, Frauenhäuser, Betreuung HIV-Positiver, Jugendhilfe, Hilfe für Wohnungslose und ambulante Drogenhilfe müssen wieder stärker öffentlich gefördert werden.

Begründung:

Erzeiherische Hilfen fallen unter Jugendhilfe.

Zeile 135

Nach dem Satz in Zeile 135 „Alle Krankenhäuser müssen so ausgestattet werden, dass die bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege aller selbstverständlich ist.“ Wird der Satz eingefügt „Auch auf dem Land muss eine wohnortnahe ärztliche und pflegerische Betreuung gewährleistet werden.“

Begründung: Auf dem Lande und in den ländlichen Kleinstädten ist die ambulante ärztliche Versorgung schon heute problematisch.

Abschnitt Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Zeile 140

Der Absatz ab Zeile 140 wird positiv umformuliert und heißt jetzt:

„Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE LINKE strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen. Während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere Probleme: Der ÖPNV muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und Behörden müssen Bürger*innennah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gefördert, Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und Kulturangebote erhalten bleiben“

Zeile 148

- Für lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum

Zeile 151
Klammer streichen

Begründung: Rasante technische Entwicklung macht die Festlegung auf einen Standard überflüssig.

Zeile 151+
Einfügen eines neuen Abschnitts

Digitalisierung sozial gerecht gestalten

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden.

Die Nutzung digitaler Netze und Medien erfordert den flächendeckenden Breitbandausbau. Der Netzzugang muss für alle Menschen möglich und finanzierbar sein. Die Städte und Gemeinden in Hessen sollen auf öffentlichen Plätzen und in den öffentlichen Einrichtungen kostenlosen Netzzugang möglich machen.

DIE LINKE.Hessen setzt sich ein:

- für kostenloses WLAN im öffentlichen Raum
- für eine ethische Auseinandersetzung mit digitalen Themen in Bildungseinrichtungen
- für einen barrierefreien Zugang zum Internet für Alle

Abschnitt Bildungsgerechtigkeit von Anfang an verwirklichen

Zeile 165
Nach Zeile 165 einfügen
– angemessene Bezahlung von Erziehungs- und Bildungsbeschäftigten

Zeile 181
Für eine hessische Willkommenskultur

Zeile 182-183
„CDU und Bündnis90/ Die Grünen haben zusammen mit der Bundesregierung das Asylrecht verschärft und tragen die europäische Abschottungspolitik mit.“ - streichen

Zeile 183-186
DIE LINKE.Hessen lehnt die beschlossene Aushöhlung und weitere Verschärfungen des Grundrechts auf Asyl kategorisch ab. DIE LINKE. Hessen steht ein für das Menschenrecht auf Asyl.

Zeile 186-188
Das bundesweite Erstarken rechtsradikaler, faschistischer, antisemitischer und nationalkonservativer Ideologien macht auch vor Hessen nicht halt.

Zeile 188

Die AfD wird versuchen in den Hessischen Landtag einzuziehen. - streichen

Begründung: Alle Parteien werden das versuchen. Die AfD hier zu nennen gibt der AfD mehr Raum, als ihr zusteht.

Zeile 189-191

In immer mehr Teilen der Gesellschaft hat der Hass gegen Migrant*innen, Homo- und Transsexuelle und Linke zugenommen, gewalttätige Übergriffe sind die Folge.

Zeile 191-192

DIE LINKE. Hessen wird die freie Gesellschaft verteidigen und Schulter an Schulter mit Betroffenen rechter Gewalt stehen.

Zeile 194

aufspalten des Spiegelstriches „Für einen humanitären Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus“ in:

- für einen humanitären Umgang mit Geflüchteten
- für einen konsequenten Einsatz gegen Rassismus

Abschnitt Für ein Hessen des sozialökologischen Umbaus

Zeile 202-212

Ersetzen des Absatzes 202-212 durch:

„Umwelt- und Klimaschutz erfordern dringend den notwendigen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und der Wirtschaft. Dieser Umbau muss dazu beitragen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Dafür bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung staatlicher Wirtschaftsförderung. den Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung wollen wir in genossenschaftlicher oder öffentlicher Hand ausbauen. Aber auch Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen soll den Grundsätzen der Ressourcenschonung und der Reduzierung von Energieverbrauch folgen.“

Die Luft hessischer Großstädte ist in hohem Maße durch Abgase von Kraftfahrzeugen belastet. Es ist deshalb zwingend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören vor allem die drastische Reduzierung des Auto- und LKW-Verkehrs in den Innenstädten und der Ausbau des ÖPNV mit schadstoffarmen Fahrzeugen.

Begründung: Reduzierter Ressourcenverbrauch und Einsparung des Energieverbrauchs sind auch global die zentralen Hebel des Umwelt- und Klimaschutzes.

Zeile 216

- Für den Ausbau der Schiene und des schadstoffarmen ÖPNV, Senkung der Fahrpreise mit dem Ziel Nulltarif

Zeile 218

- Für die Reduzierung verkehrsbedingten Lärms

Begründung: Nicht nur im Rhein-Main-Gebiet gibt es Lärm, ferner stammt dieser nicht immer von Flugzeugen, sondern vielfach auch von Bahnen, Autos und Ähnlichem. Lärm macht krank. Egal welcher.

Zeile 219+

Nach dem Abschnitt „Für ein Hessen des sozialökologischen Umbaus“ wird ein Abschnitt eingefügt.

Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Hessen

Inklusion ist ein Menschenrecht. DIE LINKE. Hessen tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für einen wirksamen Landesinklusionsplan
- für eine Umsetzung einer umfassenden Barrierefreiheit im Alltag

Abschnitt Für ein friedliches Hessen

Zeile 225

Soldaten → Soldat*innen

Abschnitt Für Investitionen in Hessens Zukunft

Zeile 240-242

streichen

Zeile 254-255

- Rekommunalisierung vormals kommunaler Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge

Begründung:

Rückführung ist kein umrissener Begriff. Rekommunalisierung ist zwingend notwendig. Es kann nichts Rekommunalisiert und/oder Rückgeführt werden, dass kommunal ist.

Abschnitt Für ein gerechteres Hessen -Umfairteilen!

Zeile 257-259

„CDU, SPD, Grüne und FDP haben 2011 die sogenannte Schuldenbremse beschlossen. Nun dient sie den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und Kürzung von öffentlichen Leistungen.“ - streichen

Zeile 259-260

Trotz der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs bleiben die meisten Kommunen in Hessen deutlich unterfinanziert.

Begründung: Die Neufassung des KFA auf Grundlage der Beratschlagung des HMI mit den Zuständigen Gremien der kommunalen Spitzenverbände ergibt ein deutliches Plus im Durchschnitt. Davon profitieren allerdings Kommunen in unterschiedlichen Maßen. Es wird Kommunen geben, deren Budgets durch die Neufassung ausgeglichen werden (meist kreisangehörige Städte), sowie Kommunen, die nach der Neufassung weniger oder gleich viel Zuschuss erhalten.

Zeile 260-262

DIE LINKE will Vermögen und Großkonzerne deutlich höher besteuern, um notwendige öffentliche Aufgaben zu finanzieren.

Zeile 267-268

- Für die Einstellung von weiteren Betriebsprüfer*innen, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

Zeile 269-290

Der Abschnitt wird wie folgt ersetzt:

Die CDU geführte Landesregierung ablösen!

DIE LINKE kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. Kein Schritt in die richtige Richtung wird an der LINKEN scheitern. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit Partnern, mit denen es möglich ist, einen echten Politikwechsel durchzusetzen und Hessen sozialer und gerechter zu machen. Denn es ist von entscheidender Bedeutung für die Menschen, wer zukünftig Hessen regiert.

Die CDU geführte Landesregierung wollen wir ablösen. Eine Regierungsbeteiligung allein bedeutet noch keinen Politikwechsel. Damit es einen Politikwechsel gibt, ist DIE LINKE. Hessen bereit Verantwortung zu übernehmen

Gemeinsam mit vielen Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen, mit streikenden Belegschaften, Gewerkschaften, Stadtteilbewegungen, Bürger*innen-, Friedens- und Erwerbsloseninitiativen, Flüchtlingshelfer*innen, kritischen Intellektuellen und vielen mehr arbeiten wir weiter für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele regionale und globale Probleme. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt stehen.

Ändern wir Hessen, ändern wir die Welt – Es wird höchste Zeit!